

Auftrag Felix (Haldenstein) betreffend Import/Export von mineralischen Baustoffen und von Rückbaustoffen

Gemäss GATT/WTO-Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen sind Bauaufträge über einem Schwellenwert von rund neun Millionen Franken offen auszuschreiben. Angebote von in- und ausländischen Anbietern sind möglich. Die Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung der Anbieter ist eine grundlegende Maxime. Unterhalb des erwähnten Schwellenwertes gelten die Bestimmungen des Submissionsgesetzes (SubG) des Kantons Graubünden. Bei Verfahren nach SubG werden ausländische Anbieter richtigerweise nicht berücksichtigt, weil in den betroffenen Nachbarstaaten das Gegenrecht bezüglich Verfahrensablauf und Rechtsschutz fehlt.

Es rechtfertigt sich, diese Praxis auch auf die regional vorhandenen, mineralischen Baustoffe und auf Rückbaumaterialien anzuwenden. In letzter Zeit ist im grenznahen Raum, insbesondere im Engadin und den Südtälern zu beobachten, dass vereinzelt auch für öffentliche Aufträge natürliche Baustoffe wie Kies, Sand oder Beton aus dem Ausland importiert werden. Im Gegenzug wird wiederverwertbares Rückbaumaterial ins Ausland exportiert. Dieser Umstand ist in zweierlei Hinsicht problematisch.

1. Materialabbaugebiete müssen raum-, richt- und zonenplanerisch festgelegt sein. Der Abbau von mineralischen Rohstoffen wie Kies und Sand erfordert umfassende Konzessionen und Bewilligungen. Der zeitliche und finanzielle Aufwand zur Erschliessung eines Abbaugbietes ist gross und in der Regel besteht die Pflicht, die Abbaugbiete nach deren Nutzung wieder zu renaturieren. Nimmt der geschilderte Import von mineralischen Baustoffen und der Export von Rückbaumaterial weiter zu, wird der gemäss Abfallplanung zu schliessende Stoffkreislauf durchbrochen. Mit durchbrochenem Stoffkreislauf wird die Renaturierung der Abbaugbiete erschwert. Der Import und Export widerspricht auch dem Grundsatz von vermehrter Verwendung von Sekundärbaustoffen, Aushubmaterial und Rückbaumaterial gemäss Aktionsplan Grüne Wirtschaft des Bundesrates vom 8. März 2013. Weiter sind die bestehenden Infrastrukturen zur Materialgewinnung und Wiederaufbereitung sowie deren Betrieb in ihrem Fortbestand gefährdet.
2. Der Kanton Graubünden ist auf Grund seiner Topografie stark gekammert und die einzelnen Talschaften sind oft nur über Pässe miteinander verbunden. Es liegt im Interesse der Versorgungsautonomie und der Handlungsfähigkeit der Regionen, beispielsweise bei Unwetter-Grossereignissen, dass in den einzelnen Talschaften rasch verfügbare Ressourcen an mineralischen Baustoffen vorhanden sind. Dies bedingt aber die Aufrechterhaltung einer minimalen Infrastruktur in den betroffenen Regionen.

Die Unterzeichnenden fordern von der Regierung, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Interessen des Kantons, der Regionen und der Gemeinden zur langfristigen Versorgungssicherheit mit regional verfügbaren, mineralischen Baustoffen konsequent wahrgenommen werden. Mit der gesetzgeberischen Festlegung der Verfahren für die Gewinnung und Wiederverwertung dieser Stoffe greift der Staat derart stark in den Markt ein, dass auch die Vorgabe zu deren Verwendung legitim ist.

Chur, 19. April 2017

Felix (Haldenstein), Della Vedova, Felix (Scul), Alig, Bleiker, Blumenthal, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Casty, Danuser, Deplazes, Dosch, Foffa, Geisseler, Giacomelli, Grass, Hardegger, Hartmann (Champfèr), Heinz, Jeker, Jenny, Koch (Tamins), Komminoth-Elmer, Kunz (Fläsch), Lamprecht, Lorez-Meuli, Mani-Heldstab, Müller, Nay, Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Pedrini, Salis, Schutz, Stiffler (Davos Platz), Toutsch, Valär, Weber, Widmer-Spreiter, Berther (Segnas), Erhard, Gugelmann, Hartmann-Conrad (Schiers), Heini, Lombardi, Natter, Spreiter



Sitzung vom

20. Juni 2017

Mitgeteilt den

22. Juni 2017

Protokoll Nr.

562

Auftrag Felix (Haldenstein)

betreffend Import/Export von mineralischen Baustoffen und von Rückbaustoffen

Antwort der Regierung

Unter dem Begriff der mineralischen Baustoffe werden Asphalt, Beton und andere Baustoffe wie Backsteine, Ziegel und ähnliche Stoffe verstanden. Bei allen mineralischen Baustoffen sind Kies und Sand als Rohstoff für die Produktion erforderlich. Gemäss kantonalem Richtplan besteht im Kanton ein Jahresbedarf an Primärrohstoffen von rund 1.5 Millionen Tonnen Kies und Sand sowie rund 1.25 Millionen Tonnen Steine, insgesamt also rund 2.75 Millionen Tonnen. Zur Deckung ihrer Bedürfnisse haben mit Ausnahme des Puschlavs alle Regionen in ihren Richtplänen geeignete und gut erreichbare Abbaugebiete ausgeschieden. Ebenso gibt es für die Ablagerung von sauberem Aushub- und Ausbruchmaterial im Umfang von jährlich rund 1.4 Millionen Tonnen genügende Volumen in den Deponien und Kiesgruben. Bei Grossprojekten oder Naturereignissen werden zudem vermehrt projektbezogene Ablagerungsstellen vor Ort bewilligt (z.B. Rufe Val Parghera). Die Renaturierung der Deponien und Abbaugebiete erfolgt dabei ausschliesslich mit Bodenmaterial.

Im Gegensatz dazu besteht für die mineralischen Rückbaustoffe, insbesondere Ausbauasphalt, Betonabbruch oder Mischabbruch, eine Verwertungspflicht, d.h. die endgültige Ablagerung in einer Deponie ist nicht gestattet. Von 2011 bis 2015 fielen in den Bündner Sammel- und Sortierplätzen pro Jahr durchschnittlich rund 364'000 Tonnen mineralische Rückbaustoffe an. Rund 77 Prozent dieses Volumens konnten bereits als recycelte Sekundärbaustoffe wiederverwertet werden. Für diese im schweizerischen Vergleich hohe Quote trug der Kanton mit dem verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen im Strassen- und Hochbau massgeblich bei. Auch die Gemeinden und Private setzen nicht zuletzt aus Kostengründen vermehrt auf recycelte Baumaterialien. Verbesserungspotential besteht jedoch weiterhin in der möglichst hochgradigen Wiederverwendung dieser Baustoffe.

Der Import und Export von Primärrohstoffen sowie von Ausbauasphalt mit einem Gehalt an polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) bis 250 mg/kg und von Betonabbruch ist gemäss internationalen Umweltabkommen bewilligungsfrei und unbeschränkt möglich. Nur für den Mischabbruch bedarf es einer Ausfuhrbewilligung des Bundes und einer Einfuhrbewilligung des Empfängerstaates. Diese Bewilligungen werden erteilt, wenn die Wiederverwertungsprozesse im Ausland gesichert sind und die Aufbereitung des Mischabbruchs umweltverträglich sowie nach dem Stand der Technik erfolgt. Heute verfügen nur zwei grenznahe Betriebe im Untertal und im Puschlav über eine Bewilligung für die Ausfuhr von Mischabbruch im Umfang von 6'100 Tonnen pro Jahr (1.7 Prozent aller mineralischen Bauabfälle). Davon wird ein grosser Anteil wieder in die Schweiz importiert und als Sekundärbaustoff verwendet.

Das Beschaffungsrecht von Bund und Kantonen hat zum Zweck, den wirksamen Wettbewerb zu fördern sowie die Gleichbehandlung aller Anbieter und den wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel sicherzustellen. Gemäss Binnenmarktgesetz haben alle Personen mit Niederlassung oder Sitz in der Schweiz Anspruch auf freien, ungehinderten Marktzugang auf dem gesamten Gebiet der Schweiz. Das öffentliche Beschaffungsrecht trägt diesen Vorgaben Rechnung, indem es Anforderungen oder Hinweise in Bezug auf einen bestimmten Ursprung eines Produktes als unzulässig erklärt. Eine Anordnung zur konsequenten Verwendung von regionalen Baustoffen bei Beschaffungen der öffentlichen Hand würde dieser Regelung zuwiderlaufen und einzelne Anbieter und Lieferanten in wettbewerbsverzerrender Weise bevorteilen.

Ein behördlicher Markteingriff ist auch aus versorgungspolitischen und umweltmässigen Überlegungen nicht angezeigt, da die Versorgungsautarkie mit Primärrohstoffen in den Regionen mit Ausnahme des Puschlavs langfristig gesichert ist und der Export von mineralischen Bauabfällen als marginal bezeichnet werden kann. Dank der Wiederverwertung dieser Rückbaustoffe werden auch keine Stoffkreisläufe durchbrochen. Die Regierung beantragt deshalb, den Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Incumbensa Felix (Haldenstein) concernent l'import/l'export da material da construcziun mineral e da material da renatiralisaziun

Tenor las disposiziuns GATT/WTO davart las acquisiziuns publicas ston incaricas da construcziun d'ina valur minimala da circa 9 milliuns francs vegnir publitgadas avertamain. Offertas da purschiders naziunals ed esters èn pussaivlas. Il tractament egual e la nondiscriminaziun dals purschiders è ina maxima fundamentala. Sut la valur minimala menziunada valan las disposiziuns da la lescha da submissiun (Lsub) dal chantun Grischun. En cas da proceduras tenor Lsub na vegnan purschiders esters betg resguardads cun dretg, perquai ch'il dretg reciproc concernent l'andament da la procedura e la protecziun giuridica manca en ils pajais vischins.

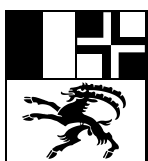
Igl è giustifitgà d'applitgar questa pratica er sin material da construcziun mineral ch'è avant maun en la regiun e sin material da renatiralisaziun. En l'ultim temp pon ins observar en ils territoris en vischinanza dal cunfin, en spezial en l'Engiadina ed en las vals dal sid ch'i vegn importà mintgatant da l'exteriur material da construcziun natiral sco gera, sablun u betun er per incaricas publicas. Percunter vegn material da renatiralisaziun reutilisabel exportà a l'exteriur. Quest fatg è problematic per dus motivs.

1. Territoris d'explotaziun da material ston vegnir determinads conform al plan dal territori, directiv e da zonas. L'explotaziun da materia prima minerala sco gera e sablun pretenda concessiuns e permissiuns cumplessivas. I dovra bler temp e blera lavur per render accessibel in territoris d'explotaziun e per regla exista l'obligaziun da puspè renatiralisar ils territoris d'explotaziun, cur che lur utilisaziun è terminada. Sche l'import skizzà da material da construcziun mineral e sche l'export da material da renatiralisaziun crescha vinavant, vegn interrut il ciclus da la materia che sto vegnir serrà tenor la planisaziun dals ruments. Sch'il ciclus da la materia è interrut, èsi pli difficil da renatiralisar ils territoris d'explotaziun. L'import e l'export cuntrafa er al princip da duvrar pli savens material da construcziun secundar, material da stgavament e material da renatiralisaziun tenor il plan d'acziun "economia verda" dal cussegl federal dals 8 da mars 2013. Plinavant èn periclitadas en lur existenza sco er en lur gestiun las infrastructuras existentas per explotar e per reutilisar material.
2. Pervia da sia topografia è il chantun Grischun fermamain sparpaglià e las singulas valladas èn savens colliadas ina cun l'autra mo sur in pass. Igl è en l'interess da l'autonomia da provediment e da l'abiltad d'agir da las regiuns, per exempel en cas d'eveniments gronds da malauras, ch'i sajan avant maun resursas da material da construcziun mineral ch'èn svelt disponiblas en las singulas valladas. Quai premetta però ch'ina infrastruttura minimala vegnia mantegnida en las regiuns pertutgadas.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders pretendan da la regenza ch'i vegnian – en cas d'ina surdada d'incaricas publicas – resguardads consequentamain ils interess dal chantun, da las regiuns e da las vischnancas per ina segirezza dal provediment a lunga vista cun material da construcziun mineral ch'è disponibel en la regiun. Cun fixar en ina lescha la procedura per explotar e per reutilisar quest material intervegn il stadi uschè ferm en il martgà ch'igl è legitim da far prescripziuns er davart l'utilisaziun da quest material.

Cuira, ils 19 d'avrigl 2017

Felix (Haldenstein), Della Vedova, Felix (Scuol), Alig, Bleiker, Blumenthal, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Casty, Danuser, Deplazes, Dosch, Foffa, Geisseler, Giacomelli, Grass, Hardegger, Hartmann (Champfèr), Heinz, Jeker, Jenny, Koch (Tumein), Komminoth-Elmer, Kunz (Fläsch), Lamprecht, Lorez-Meuli, Mani-Heldstab, Müller, Nay, Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Pedrini, Salis, Schutz, Stiffler (Tavau Plaz), Toutsch, Valär, Weber, Widmer-Spreiter, Berther (Segnas), Erhard, Gugelmann, Hartmann-Conrad (Schiers), Heini, Lombardi, Natter, Spreiter



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

20 da zercladur 2017

22 da zercladur 2017

562

Incumbensa Felix (Haldenstein)

concernent l'import/l'export da material da construcziun mineral e da material da renaturalisaziun

Resposta da la regenza

Sut la noziun da material da construcziun mineral vegnan subsummads asphalt e betun ed auter material da construcziun sco quadrels, tievlas e material sumegliant. Per tut il material da construcziun mineral vegnan duvrads gera e sablun sco materia prima per la producziun. Tenor il plan directiv chantunal exista en il chantun in basegn annual da materias primas da basa da circa 1,5 milliuns tonnas gera e sablun sco er da circa 1,25 milliuns tonnas crappa, tut en tut pia 2,75 milliuns tonnas. Per cuvrir quest basegn han – cun excepziun dal Puschlav – tut las regions determinà en lur plans directivs territoris d'explotaziun adattads e bain accessibels. Er datti avunda volumens en las deponias ed en las chavas da gera per depositar material nunsmerdà da stgavament e d'exchavaziun en la dimensiun dad annualmain circa 1,4 milliuns tonnas. En cas da projects gronds u en cas d'eveniments da la natira vegnan ultra da quai permessas zonas da deposit al lieu che sa refereschon al project (p.ex. bova da la Val Parghera). Las deponias ed ils territoris d'explotaziun vegn renaturalisads en quest connex exclusivamain cun material da terren.

Percunter exista per material da demoliziun mineral, en spezial per asphalt exchavà, per material da demoliziun da betun u per material da demoliziun maschadà in'obligaziun da recicladi, q.v.d. il deposit definitiv en ina deponia n'è betg permess. Da l'onn 2011 fin 2015 èn resultadas sin las plazzas grischunas per rimnar e zavarar ruiment per onn en media circa 364 000 tonnas material da demoliziun mineral. Circa 77 pertschient da quest volumen han gia pudì vegnir duvrads sco material da construcziun secundar reciclà. A questa quota gronda en cumparegliaziun cun l'entira Svizra ha il chantun contribuì ina part essenziala cun duvrar pli savens material da construcziun reciclà en la construcziun da vias ed en la construcziun auta. Er las vischnancas e persunas privatas han duvrà – betg sco ultim pervia dals custs – pli savens material da construcziun reciclà. Potenzial per meglierar questa situaziun exista però vinavant en la reutilisaziun uschè frequenta sco pussaivel da quests materials da construcziun.

L'import e l'export da materias primas da basa sco er dad asphalt exchavà cun in cuntegn d'idrocarbons aromatics policiclics (IAP) fin 250 mg/kg e da material da demoliziun da betun na dovra tenor la cunvegna d'ambient internaziunala nagina permissiun ed è pussaivel illimitadamain. Mo per material da demoliziun maschadà dovri ina permissiun d'export da la confederaziun ed ina permissiun d'import dal stadi che retschaiva il material. Questas permissiuns vegn concedidas, sch'ils process da reutilisaziun a l'exteriur èn garantids e sche la preparaziun dal material da demoliziun maschadà succeda en moda ecologica sco er tenor il stadi da la tecnica. Oz han mo dus manaschis en vischinanza dal cunfin en l'Engiadina bassa ed en il Puschlav ina permissiun per exportar material da demoliziun maschadà en la dimensiun da 6100 tonnas per onn (1,7 pertschient da tut il rument da construcziun mineral). Ina gronda part da quest material elavurà vegn puspè importada en Svizra e duvrada sco material da construcziun secundar.

L'intent dal dretg federal e dal dretg chantunal davart las acquisiziuns è quel da promover la concorrenza efficazia sco er da garantir in tractament egual da tut ils purschiders e l'impundaziun economica dals meds finansials publics. Tenor la lescha federala davart il martgà intern han tut las persunas che han in domicil u ina sedia en Svizra il dretg d'in access liber e senza impediments al martgà sin tut il territori da la Svizra. Il dretg da las acquisiziuns publicas tegna quint da questas prescripziuns cun declarar pretensiuns u renviaments en regard ad ina tscherta derivanza d'in product sco inadmissibels. In'ordinaziun che material da construcziun regional vegnia duvrà consequentamain en cas d'acquisiziuns dal maun public cuntrafaschess a questa regulaziun e privilegiass singuls purschiders e furniturs en ina moda che sfalsifitgass la concorrenza.

Ina intervenziun en il martgà da vart da las autoritads n'è er betg inditgada per ponderaziuns da la politica da provediment e da l'ecologia, perquai che l'autarchia da provediment cun materias primas da basa è garantida – cun excepziun dal Puschlav – a lunga vista en las regions e perquai che l'export da rument da construcziun mineral po vegnir designà sco marginal. Grazia a la reutilisaziun da quests materials da demoliziun na vegnan er betg interruts ciclus da materias. La regenza propoia perquai da refusar l'incumbensa.



En num da la regenza

La presidenta:

B. Janom Steiner

Il chancelier:

dr. C. Riesen

Incarico Felix (Haldenstein) concernente l'import/export di materiali da costruzione minerali e di materiali di demolizione

Conformemente alle disposizioni GATT/OMC sugli appalti pubblici, per le commesse edili superiori a un valore soglia di circa nove milioni di franchi deve essere indetto un concorso pubblico. Sono possibili offerte di offerenti nazionali ed esteri. La parità di trattamento e il trattamento non discriminatorio degli offerenti sono un principio fondamentale. Al di sotto del valore soglia indicato fanno stato le disposizioni della legge sugli appalti pubblici (Lap) del Cantone dei Grigioni. In caso di procedure secondo la Lap, gli offerenti esteri non vengono giustamente considerati, poiché nei Paesi confinanti interessati non vi è reciprocità per quanto riguarda lo svolgimento della procedura e la protezione giuridica.

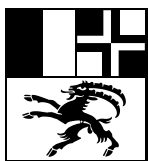
È giustificato applicare tale prassi anche per quanto riguarda i materiali da costruzione minerali e i materiali di demolizione disponibili a livello regionale. Negli ultimi tempi, nella fascia di confine, in particolare in Engadina e nelle valli meridionali, si osserva che qua e là vengono importati dall'estero materiali da costruzione naturali quali ghiaia, sabbia o cemento anche in caso di commesse pubbliche. In cambio, del materiale di demolizione riciclabile viene esportato. Tale situazione risulta problematica da due punti di vista.

1. Le zone di estrazione di materiali devono essere stabilite a livello di pianificazione territoriale, delle utilizzazioni e delle zone. L'estrazione di materie prime minerali quali ghiaia e sabbia richiede ampie concessioni e autorizzazioni. L'onere temporale e finanziario necessario per accedere a una zona di estrazione è grande e di norma è obbligatoria una rinaturalizzazione delle zone di estrazione dopo il loro sfruttamento. Se l'illustrata importazione di materiali da costruzione minerali e l'esportazione di materiale di demolizione dovessero ulteriormente aumentare, il ciclo dei materiali, che in conformità al piano di gestione dei rifiuti deve essere chiuso, sarà interrotto. L'interruzione del ciclo dei materiali rende a sua volta più difficile la rinaturalizzazione delle zone di estrazione. L'importazione e l'esportazione contraddicono anche il principio del maggiore impiego di materiali da costruzione secondari, materiali di scavo e materiali di demolizione previsto dal piano d'azione Economia verde del Consiglio federale dell'8 marzo 2013. La sopravvivenza delle esistenti infrastrutture per l'estrazione e la preparazione dei materiali nonché la loro operatività risultano inoltre minacciate.
2. Per via della sua topografia, il Cantone dei Grigioni è fortemente compartimentato e le singole valli sono sovente collegate tra loro solamente tramite dei passi. Rientra nell'interesse dell'autonomia di approvvigionamento e della capacità di agire delle regioni fare in modo che, ad esempio in caso di forte maltempo, nelle singole valli vi siano risorse di materiale da costruzione minerale rapidamente disponibili. Questo richiede però il mantenimento di un'infrastruttura minima nelle regioni interessate.

Le firmatarie e i firmatari chiedono che nell'aggiudicazione di commesse pubbliche il Governo tenga conto in modo sistematico degli interessi del Cantone, delle regioni e dei comuni in relazione alla sicurezza di approvvigionamento a lungo termine con materiali da costruzione minerali disponibili a livello regionale. Con la determinazione delle procedure per l'estrazione e il riutilizzo di questi materiali, lo Stato interviene nel mercato in misura talmente importante da rendere legittima anche una direttiva relativa alla loro utilizzazione.

Coira, 19 aprile 2017

Felix (Haldenstein), Della Vedova, Felix (Scul), Alig, Bleiker, Blumenthal, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Casty, Danuser, Deplazes, Dosch, Foffa, Geisseler, Giacomelli, Grass, Hardegger, Hartmann (Champfèr), Heinz, Jeker, Jenny, Koch (Tamins), Komminoth-Elmer, Kunz (Fläsch), Lamprecht, Lorez-Meuli, Mani-Heldstab, Müller, Nay, Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Pedrini, Salis, Schutz, Stiffler (Davos Platz), Toutsch, Valär, Weber, Widmer-Spreiter, Berther (Segnas), Erhard, Gugelmann, Hartmann-Conrad (Schiers), Heini, Lombardi, Natter, Spreiter



Seduta del

Comunicato il

Protocollo n.

20 giugno 2017

22 giugno 2017

562

Incarico Felix (Haldenstein)

concernente l'import/export di materiali da costruzione minerali e di materiali di demolizione

Risposta del Governo

Con il termine materiali da costruzione minerali sono intesi asfalto, calcestruzzo e altri materiali quali mattoni, tegole e simili. La produzione di tutto il materiale da costruzione minerale richiede ghiaia e sabbia. Stando al Piano direttore cantonale, nel Cantone vi è un fabbisogno annuo di materie prime pari a circa 1,5 milioni di tonnellate di ghiaia e sabbia nonché di circa 1,25 milioni di tonnellate di sassi, in totale quindi circa 2,75 milioni di tonnellate. Fatta eccezione per la Valposchiavo, tutte le regioni hanno delimitato zone di estrazione idonee e facilmente raggiungibili nei propri piani direttori. Allo stesso modo, nelle discariche e nelle cave di ghiaia vi è un volume sufficiente per il deposito di materiale di scavo e di risulta non inquinato per un totale di circa 1,4 milioni di tonnellate all'anno. In caso di grandi progetti o di eventi naturali vengono inoltre autorizzati in misura crescente siti di deposito locali (ad es. frana della Val Parghera). La rinaturalizzazione delle discariche e delle zone di estrazione avviene esclusivamente con materiale proveniente dal suolo.

Al contrario di questi materiali, per i materiali da costruzione minerali, in particolare per il conglomerato bituminoso, per il cemento da demolizione e per il materiale di demolizione non separato, vi è un obbligo di riciclaggio, vale a dire che il deposito definitivo in una discarica non è consentito. Dal 2011 al 2015 presso le aree di raccolta e di cernita grigionesi sono state consegnate in media circa 364'000 tonnellate di materiali di demolizione minerali all'anno. Circa il 77 per cento di questo volume ha già potuto essere riciclato quale materiale da costruzione secondario. Il Cantone ha contribuito in misura determinante a questa quota relativamente elevata nel confronto nazionale attraverso un maggiore impiego di materiale da costruzione riciclato nelle costruzioni stradali e nell'edilizia. Anche i comuni e i privati puntano in misura crescente sui materiali da costruzione riciclati, non da ultimo per una questione di costi. Esiste però tuttora un potenziale di miglioramento nel maggiore riutilizzo possibile di questi materiali da costruzione.

Secondo gli accordi internazionali in materia di ambiente, l'importazione e l'esportazione di materie prime primarie nonché di conglomerato bituminoso con una concentrazione di idrocarburi policiclici aromatici (IPA) fino a 250 mg/kg e di calcestruzzo da demolizione sono possibili senza autorizzazioni e senza restrizioni. Un'autorizzazione di esportazione rilasciata dalla Confederazione e un'autorizzazione di importazione dello Stato ricevente sono necessarie soltanto per il materiale di demolizione non separato. Queste autorizzazioni vengono rilasciate qualora i processi di riciclaggio all'estero siano garantiti e la lavorazione del materiale di demolizione non separato avvenga in modo ecocompatibile e secondo lo stato della tecnica. Oggi vi sono soltanto due aziende della fascia di confine in Engadina Bassa e in Valposchiavo che dispongono di un'autorizzazione per l'esportazione di materiale di demolizione non separato per 6'100 tonnellate all'anno (pari all'1,7 per cento di tutti i rifiuti edili minerali). Gran parte di questo materiale viene reimportato in Svizzera, dove viene utilizzato come materiale da costruzione secondario.

Il diritto in materia di appalti pubblici di Confederazione e Cantoni ha lo scopo di favorire un'efficace concorrenza nonché di garantire la parità di trattamento di tutti gli offerenti e l'impiego economico di mezzi pubblici. Conformemente alla legge federale sul mercato interno, ogni persona con domicilio o sede in Svizzera ha diritto all'accesso libero e non discriminato al mercato su tutto il territorio della Confederazione. Il diritto in materia di appalti pubblici tiene conto di queste direttive dichiarando inammissibili requisiti o indicazioni concernenti una determinata origine di un prodotto. Una disposizione volta all'utilizzo sistematico di materiali da costruzione regionali negli appalti dell'ente pubblico violerebbe questa regolamentazione e favorirebbe singoli offerenti e fornitori distorcendo la concorrenza.

Un intervento delle autorità nel mercato non è opportuno nemmeno per considerazioni legate alla politica di approvvigionamento e ambientale, poiché, fatta eccezione per la Valposchiavo, l'autarchia di approvvigionamento con materie prime primarie nelle regioni è garantita a lungo termine e l'esportazione di rifiuti edili minerali può essere definita marginale. Grazie al riciclaggio di questo materiale di demolizione il ciclo dei materiali rimane chiuso. Il Governo chiede pertanto di respingere l'incarico.



In nome del Governo

La Presidente:

B. Janom Steiner

Il Cancelliere:

Dr. C. Riesen